

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Konferenz der Außenminister.

Voraussichtlich in Norditalien.

London, 4. September. (WIB.) „Times“ berichtet über den Stand der Sicherheitsfrage: Die alliierten und der deutsche Außenminister werden sich zur Eröffnung des geplanten Sicherheitspaktes in der zweiten Hälfte des September in der Schweiz oder in Norditalien treffen. Man wird in der Wahl des Konferenzortes Mussolini entgegenkommen, der sich angesichts seiner vielen Verpflichtungen nicht weit und nur auf kurze Zeit von Rom entfernen kann. Die Ergebnisse der Juristenkonferenz werden dieser Zusammenkunft der Minister vorgelegt werden. Man erwartet, daß die Juristen ihre Hauptarbeit heute vollendet haben werden, aber es ist möglich, daß sie ihren Aufenthalt in London über das Wochenende hinaus ausdehnen werden, um noch die rechtlichen Seiten gewisser politischer Fragen zu erörtern. Außer ihren täglichen Zusammenkünften in Foreign Office haben die Sachverständigen private Besprechungen gehabt, welche von größter Nützlichkeit gewesen sind. Das Hauptergebnis aller Verhandlungen ist, daß die deutsche Regierung nur in Besitze aller Informationen über die Haltung der Alliierten in der Frage des geplanten Paktes ist. Es ist nicht erwartet worden, daß volle Übereinstimmung über alle Punkte erzielt werden würde, aber die Besprechungen haben dazu beigetragen, die Fragen auf wenige wesentliche Punkte zu beschränken, die jetzt mit absoluter juristischer Präzision formuliert worden sind.

Das Ergebnis der Juristenkonferenz.

London, 4. September. (WIB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt über die Juristenkonferenz zur Sicherheitsfrage: Seit Dienstag nachmittag ist

ein heftiger, wenn auch höflicher Kampf sowohl über grundsätzliche Fragen als auch über solche der Zweckmäßigkeit im Gange. Bisher ist nur eine Seite dieses Kampfes enthüllt worden: nämlich der Versuch des deutschen Abgeordneten, zu erreichen, daß Frankreich unter keinen Umständen berechtigt sein soll, die entmilitarisierte Rheinlandzone im Falle eines polnisch-deutschen Konflikts zu durchqueren außer Kraft eines vom Völkerbund ihm übertragenen Mandats. In diesem Punkt hat die deutsche These die allgemeine Zustimmung sowohl Rollins wie Sir Cecil Hursts erhalten. Die These des deutschen Juristen hat sich jedoch nicht nur auf die Eventualität eines an den Ofgrenzen Deutschlands entstehenden Konflikts, sondern auch auf Krieg oder Kriegsdrohung an der Westgrenze bezogen. Dr. Gaus hat von Anfang an geltend gemacht, daß auch in diesem Fall das Urteil über die Beschaffenheit des Streitfalles nicht in die Hände einer einzelnen Macht, z. B. Großbritanniens, gelegt werden soll, sondern in die des Völkerbundes. Zu demselben Schluss, nämlich, daß der Völkerbund und keine einzelne Macht als Schlichter oder Vollzieher auf eigene Initiative handeln sollte, ist vor kurzem auch Vanderelde gekommen. Er hat in einer Rede an die Alliierten vorgeschlagen, daß keine dritte Partei in einen Konflikt eintreten solle außer unter Mitwirkung des Völkerbundes. Denselben Standpunkt hat er neuerdings in Genf in einer Unterredung mit Journalisten vertreten. Daher ist es nicht überraschend, daß der belgische Delegierte der deutschen Ansicht zugestimmt hat. Auch der italienische Beobachter Pilotti hat diese Auffassung in vorsichtiger Weise gebilligt. Sir Cecil Hurst dagegen hat geäußert, die deutsche Ansicht für den Westen anzunehmen, und dazu geneigt, sich auf Seiten Fromageots zu stellen, der die deutsche Ansicht nachdrücklich bekämpfte.

Sozialistische Agrarpolitik.

Ein Wort an den Heidelberger Parteitag.

Von Ernst Fläming.

Der vorjährige Parteitag nahm ein Referat über einige aktuelle Agrarfragen entgegen. Die Aussprache dazu war nur kurz; sie wurde bald abgeschnitten, und es wurde ein Beschluß gefaßt, nach welchem anzunehmen war, daß der diesjährige Parteitag nach gründlicher Vorbereitung die Erörterungen fortsetzen sollte, um sie möglichenfalls zu einem Abschluß zu bringen. Die Tagesordnung für Heidelberg sieht aber derartiges nicht vor. Schon früher hat man sich bemüht, unter Auswertung von Erfahrungen und Erkenntnissen, die nach dem großen Staatszusammenbruch gesammelt werden konnten, zu einer allgemein anerkannteren programmatischen Stellungnahme in der Agrarfrage (schlechthin zu gelangen. Der Breslauer Parteitag (1920) hat, wie noch erinnert sein dürfte, zu diesem Zwecke einen besonderen Ausschuss eingesetzt, und auf dem Einigungs-parteitag in Nürnberg ist der Ausschuss von ehemals unabhängiger Seite verstärkt worden. Ueber seine Tätigkeit ist bisher allerdings ebensowenig berichtet worden, wie der vorjährige Beschluß durchgeführt ist. Oder soll beides durch die in dem Entwurf des vorgelegten Parteiprogramms enthaltenen agrarpolitischen Erklärungen als erfüllt und erledigt hingenommen werden?

Man könnte sagen, es komme gar nicht so sehr darauf an, welche theoretischen Formeln geprägt werden; in der Zeit vor dem Kriege sei über Agrarfragen mancherlei theoretisiert worden, praktisch sei jedoch kaum Erkennbares getan. Dagegen hätte die Partei seit den Novembertagen 1918 durch ihre Volksbeauftragten und durch ihre Parlamentarier im Reich, in den Ländern und an sonst wichtigen Stellen sozial und so wertvolle praktische Agrarpolitik betrieben, daß man wohl sagen dürfte, sie habe überall den Beweis geliefert, daß sie verstehe, die agrarischen Probleme richtig anzupacken und sie zu meistern.

Wohl, so könnte man sagen. Würde das aber mehr sein als ein Verlegenheitsgerede? Keine Partei hat seit jeher soviel Wert darauf gelegt, ihre Grundzüge und Forderungen mit programmatischen Richtlinien zu umschreiben, wie die unserer. Sie wird diesen Standpunkt auch künftig aufrecht erhalten müssen, wenn sie sich und ihre Sache schützen und wenn sie dafür bei den Volksmassen werben will. Also muß die theoretische bzw. programmatische Formulierung auch für die betreibende Agrarpolitik erfolgen. Hierzu entsteht die Frage, ob es zweckdienlich ist, das Agrarprogramm in das allgemeine Programm mit hineinzuarbeiten oder ob sich ein von den allgemeinen Grundzügen ausgehendes besonderes Agrarprogramm empfiehlt. Der Parteiprogrammentwurf hat eine Art Mittelweg gewählt, indem er einige ganz allgemein gehaltene Formeln mit agrarischem Einschlag bringt. Er sagt nämlich in dem Abschnitt über Wirtschaftspolitik:

„Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinshaft zu überführen. — Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft. — Förderung des Siedlungswezens.“

Hierzu sind neun verschiedene Anträge gestellt, die darauf abzielen, gewisse Einzelforderungen herauszuarbeiten (siehe Schwerin i. Meckl., Frankfurt a. M. und Heidelberg). Sobald man zu diesen Anträgen Stellung nimmt, treten weitere Gesichtspunkte in die Erscheinung, die ebenfalls berücksichtigt werden müßten. Das aber würde in dem allgemeinen Programm in der Tat zu weit führen. Es erscheint mir richtiger, sich mit allgemeinen Andeutungen zu begnügen. Die im Parteiprogrammentwurf vorgesehenen Formeln dürften ausreichend sein. Es erscheint mir aber notwendig, daneben — außerhalb des Parteiprogramms — noch eine ins Einzelne gehende Erläuterung zu geben, die man gut und gern mit der Sonderbezeichnung „Sozialdemokratisches Agrarprogramm“ würde belegen können. Hierzu könnte dann mit Berücksichtigung werden, was die beizuhaltenden Anträge verlangen. Selbstverständlich ist jede aufgestellte Forderung nach besonders zu prüfen.

Aber nicht bloß, was diese Anträge wollen, würde für das besondere Agrarprogramm in Betracht kommen, sondern noch vieles andere mehr. So auch das, was nach der agrarischen Seite hin zu dem Tagesordnungspunkt über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beantragt ist.

Die Partei muß sich endlich klar und schlüssig darüber werden, in welchem Sinne sie fürderhin praktische Agrarpolitik planmäßig zu treiben hat. Seit den Novembertagen 1918 ist sie damit sehr viel beschäftigt worden, sowohl im Reichsparlament als auch in den Parlamenten der Länder, der Provinzen, Kreise und Gemeinden. Recht oft wurden die Abgeordneten vor verantwortungsvollen Entscheidungen gestellt. Daß überall nach denselben Grundzügen gehandelt worden ist, wird indessen leider kaum zu sagen sein. Denn hierzu hatte man gar nicht die notwendige gegenseitige Fühlung — ganz abgesehen davon, daß solche Grundzüge bisher eben nicht herausgearbeitet waren. Man war zumeist darauf angewiesen, eine Art Gelegenheitspolitik zu treiben, die wiederholt Verlegenheitspolitik werden mußte.

Trotz alledem ist in dieser Zeit eine bestimmte Linie eingehalten worden, die stärker und immer stärker in die Erscheinung getreten ist. Diese Linie hat eingeleitet mit den von den Volksbeauftragten der Länder und des Reichs herausgegebenen Vorschriften über landwirtschaftliches

Internationaler Friedenskongress.

Löbes Ansprache. — Wihhauds Referat über eine internationale Wirtschaftsorganisation.

Paris, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Friedenskongress hielt Donnerstag nachmittag seine zweite Sitzung ab. Der Präsident des Organisationskomitees Richet, der den Vorsitz führte, gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es dem Kongress in seiner Eröffnungsitzung nicht vergönnt gewesen sei, den Reichstagspräsidenten Löbe sprechen zu hören. Er habe aber die Freude, dem Kongress mitteilen zu können, daß Löbe sich bereit erklärt habe, seine Rede zu halten. Von minutenlangem stürmischen Beifall begrüßt, betrat Löbe dann die Rednertribüne und hielt, immer wieder von starkem Beifall unterbrochen, seine Ansprache an die 1200 Delegierten in deutscher Sprache. Die Ausführungen Löbes wurden dann in französischer Uebersetzung vorgelesen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden zwei Begrüßungstelegramme von MacDonald und dem Außenminister der Tschechoslowakei Benesch vorgelesen. MacDonald bittet den Kongress, den Gedanken zu bekämpfen, daß man durch militärische Bündnisse die Sicherheit der Völker, die im gegenseitigen Vertrauen liegen, garantieren könne. Benesch gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die europäische Nachkriegspolitik die Zusammenarbeit der Völker und den Weltfrieden sicherstellen und ein neues internationales Recht schaffen müsse. Nach Verlesung dieser Telegramme, die mit starkem Beifall begrüßt wurden, erstattete Edgar Wihhaud den Kommissionsbericht über die Wirtschaftsorganisation. Die Kommission habe festgestellt, führte er aus, daß ein Völkerfrieden ohne eine internationale Wirtschaftsorganisation unmöglich sei, daß andererseits der wirtschaftliche Friede eine juristische Organisation des Friedens zur Voraussetzung haben müsse und daß schließlich nur die Verwirklichung der Grundzüge für einen dauernden Frieden bilden könne. Wihhaud trat für das wirtschaftliche Existenzrecht der Völker ein. Die Welt müsse wirtschaftlich organisiert werden, und es müsse ein Ausgleich geschaffen werden zwischen den einzelnen Völkern. Er schlug vor, mit dieser Organisation den Völkerbund zu betrauen, der einen besonderen internationalen Wirtschaftsrat ins Leben rufen solle. Die Abstimmung über diese Vorschläge ist auf Freitag vertagt worden.

Volle Genugtuung für die deutsche Delegation.

Paris, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) In den Kreisen der deutschen Delegation auf dem Internationalen Friedenskongress in Paris hatte das Ausbleiben Herriots und der dadurch hervorgerufene Verzicht des Reichstagspräsidenten Löbe, in der Eröffnungsitzung das Wort zu ergreifen, befreudend gewirkt. Die Erregung wurde durch das Gerücht gesteigert, daß Herriot deshalb nicht gekommen sei, weil er nicht an der Seite des deutschen Reichstagspräsidenten habe sprechen wollen. In diesem Zusammenhang wurde die Rede Löbes in Wien erwähnt. Daraufhin beschloß die deutsche Delegation, daß kein anderes ihrer Mitglieder an Stelle des Reichstagspräsidenten das Wort ergreifen werde. Dieser Zwischenfall kann nunmehr als vollkommen beigelegt betrachtet werden. Die erwähnten Gerüchte haben sich im Laufe des Donnerstags als vollkommen falsch herausgestellt. Es wurde amtlich mitgeteilt, daß das Fernbleiben Herriots lediglich darin seinen Grund habe, daß er durch die Tagung des Generalrats in Lyon zurückgehalten worden sei. Dem Reichstagspräsidenten Löbe und der deutschen Delegation ist durch die französische Regierung und die Kongressleitung volle Genugtuung erwiesen worden, so daß die Nichtstimmung der deutschen Delegation beilegt ist.

Dr. Koch bei Painlevé.

Paris, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Der als Vertreter der deutschen Delegation auf dem Internationalen Friedenskongress in Paris weilende frühere Reichsinnenminister und Führer der Demokraten, Dr. Koch, ist am Donnerstag vom Ministerpräsidenten Painlevé empfangen worden. Painlevé hat Dr. Koch gegenüber erklärt, er hege die feste Hoffnung, daß die Sicherheitspaktverhandlungen erfolgreich verlaufen werden und daß auf diese Weise eine Grundlage geschaffen werde für die friedliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich.

Der Breslauer Gewerkschaftskongress.

Referat Grafmanns.

Breslau, 4. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes geht bereits heute zu Ende, da sich die Verhandlungen über die Organisationsfragen nach den vorhergehenden Debatten im Bundesauschuss als einfach er herausgestellt haben, wie vielfach erwartet wurde.

Zu Beginn der heutigen Vormittagssitzung ehrt der Kongress das Andenken der gestern in Reurose als Opfer ihres Berufes verstorbenen Bergarbeiter durch Erheben von den Plagen. Dann referierte zur Organisationsfrage der stellvertretende Bundesvorsitzende

Genosse Grafmann.

Er ging dem Gedanken der Industrieverbände, bis zum Jahre 1868 zurückgreifend, nach und schilderte dann die Auswirkung der Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses über die Umgestaltung der Berufsverbände zu Industrieverbänden. Die dort eingesetzte Kommission und ihre Unterkommissionen hätten die selbständige Stellungnahme von nicht weniger als 15 verschiedenen angeschlossenen Verbänden zu prüfen gehabt und Neuforderungen von 15 weiteren Verbänden. Die Initiationszeit habe dann eine Umgestaltung aufgehoben. Eine volle Einigung zwischen den widerstreitenden Ansichten sei zunächst nicht möglich gewesen. Die Vertreter einzelner großer Berufsverbände hätten sogar erklärt, daß ein verbindlicher Beschluß über die Umwandlung der bestehenden Berufsorganisationen zu Industrieverbänden für sie untragbar wäre und ihre weitere Zugehörigkeit zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Frage stelle.

So kam man zu einer Kompromiß, das seinen Ausdruck in der dem Kongress vorgelegten Entscheidung des Bundesvorstandes fand. Der leitende Gedanke sei dabei, daß die Weiterentwicklung der bisherigen Verbände zu neuartigen Formen, die der Entwicklung des Wirtschaftslebens entsprächen, unumgänglich wäre, aber dem freien Entschluß der einzelnen Berufsverbände weitgehend überlassen werden müsse. Um die zeitgemäße Entwicklung zu fördern, legt der Bundesvorstand eine Reihe von

Satzungsänderungen

vor. Bestehen in einer Industrie noch mehrere Verbände für die verschiedenen Berufe, so haben sie nach dem vorgeschlagenen Statut die Pflicht, durch Kartellverträge für ein förderliches Miteinanderwirken zu sorgen. Grafmann bittet zum Schluss, den Kompromißvorschlägen, die im Interesse der Einheit der Gesamtbewegung lägen, im Geiste der Berechnung und Brüderlichkeit zuzustimmen.

Dihmann gibt eine Erklärung des Metallarbeiterverbandes ab. Diese bezieht sich nochmals auf die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses und drückt die Meinung aus, daß die veränderten Bundesverfassungen praktisch die seitherigen Zustände nicht ändern würden. Die Schaffung von Industrieverbänden bestehe in der organisatorischen Zusammenfassung aller in einer Industriegruppe beschäftigten Arbeiter. Zwangsmassnahmen würden auch von den Befürwortern der Industrieverbände nicht gefordert. Die Drohung mit dem Ausscheiden seitens der Anhänger der Berufsverbände sei aber unzulässig. Daher würden die Vertreter des Metallarbeiterverbandes ihre Anträge für Industrieverbände aufrechterhalten.

Siedlungswesen; sie ist weitergeführt in den Siedlungsge-
sehen, hat sich ausgeprägt in den Richtlinien der sozialdemo-
kratischen Reichstagsfraktion zu Siedlungs- und Boden-
reformen und hat auch einen Niederschlag in dem landwirt-
schaftlichen Produktionsprogramm erhalten, das die
Reichstagsfraktion bei Gelegenheit der Verhandlungen über
die kleine Zollvorlage dem Reichstag vorgelegt hat.

Es erscheint an der Zeit, endlich klar und bestimmt diese
Linie theoretisch und programmatisch zu umschreiben und also
zu erklären: Die Sozialdemokratie ist die politische Vertreterin
(nicht bloß der industriellen und landwirtschaftlichen Prole-
tariatschichten, sondern auch) des Bauernvolkes: der
Klein- und Mittelbauern, der Pächter und
der Heuerlinge.

Die Verhältnisse nach dem Kriege haben der Partei diese
Politik ja längst aufgezwungen. Auch die Großbetriebs-
theoretiker konnten sich ihr nicht entziehen, sie werden es in
Zukunft ebenfalls nicht können. Die national- und die be-
völkerungspolitische Entwertung diktiert jedem Realpolitiker,
der der Volkstaatspolitik im Gegensatz zu einer Obrigkeit-
staatspolitik dienen und diese stärken will, ein entschlossenes
und schnelles Vortreiben der deutschen Bauernkolonisation
nach dem deutschen Osten: in die Großgrundbesitzergebiete.

Schon die nächste Zeit wird die Sozialdemokratie wieder
vor Aufgaben stellen, die sie zwingt, ihre eingeschlagene
Bauernpolitik fortzubilden. Besonders auch die Behandlung
der Zollfragen wird dazu immer wieder Gelegenheit
geben. Es kommt zunächst noch gar nicht so sehr auf den Um-
stand an, daß die geforderten Bauern das auch allesamt er-
kennen. Diese Erkenntnis kann sich erst später durchbringen,
dann zurzeit ist noch der vom Reichslandbund verbreitete
Rebel zu die. Vorerst gilt es, sich theoretisch zu dem zu be-
kennen, was man praktisch tut. Das weitere findet sich dann
schon. Im übrigen ist die Bauernbewegung, die sich von der
Reaktion löst und auf die Sozialdemokratie zufließt (wenn
gleich ihr selbst das auch zumeist noch nicht zum Bewußt-
sein gekommen ist), längst im Zuge. Die Bewegung ist von
uns bisher nur nicht genug beobachtet, erkannt und insolge-
dessen auch nicht gepflegt worden. Es ist eine große Auf-
gabe, hier mit tiefem Verständnis sich dieser Bewegung zu
widmen und sie gedanklich so zu durchleuchten, daß sie schließlich
mit der Landarbeiterschaft einen gemeinsamen politischen
Strom bildet. Das kann geschehen, wenn man sich entschließt,
auch die Landarbeitersiedlungsfrage aufzu-
rollen und diese etwa nach der Richtung hin zu leiten, die ein
„Antrag Hannover“ zum Parteitag mit kräftigen Strichen
andeutet.

Allerdings: der diesjährige Parteitag kann das beson-
dere Agrarprogramm noch nicht aufstellen. Eins aber könnte
und sollte er schon tun: den Antrag des „Bezirks Branden-
burg“ annehmen, der die Einrichtung eines Sekre-
tariats für Agrarpolitik, die Herausgabe einer
wissenschaftlichen Zeitschrift für Bodentoch und Boden-
wirtschaft und einer Agrarkorrespondenz fordert.
In Verbindung damit ließe sich auch der Antrag Burgstein-
furt berücksichtigen, der einen Beirat für Landwirt-
schaft und Agrarreform, bestehend aus Organisa-
tionsvertretern von Bauern, Pächtern und Heuerlingen ver-
langt. Diese neuen Einrichtungen mit dem schon vorhande-
nen Ausschuss zur Aufstellung eines Agrarprogramms in
Verbindung gebracht, dürften das sein, was zurzeit erst einmal
geschaffen werden muß.

Das Sekretariat für Agrarpolitik würde sowohl als
Studienstelle für Agrarfragen, wie auch als Rüststammer für
unsere Abgeordneten in allen Parlamenten (des Reichs, der
Länder usw.), und damit ebenso als Zentrale für die Agi-
tation bei der Landbevölkerung die besten Dienste leisten
können. Sie erscheint mir geradezu unerlässlich.

Erst wenn wir das Landvolk in ähnlicher Weise um
unser Parteibanner scharen, wie das Stadtvolk sich darum
schon gesammelt hat, wenn Landarbeiter und Bauern über-
zeugt in unseren Reihen mitkämpfen, wird unsere Bewegung

das werden, was sie sein muß, bevor sie sozialistische
Siege erringen und diese gegen Rückschläge sichern kann: die
politisch-soziale Bewegung des gesamten politisch reifen und
eine klassenlose Gesellschaft wollenden Volkes.

Angst vor Wahlen.

Die Telegraphen-Union hat gestern eine Meldung verbreitet,
wonach die leitenden Kreise der preussischen Regierung beabsichtigen,
den Landtag alsbald nach seinem Zusammentritt am 21. Sep-
tember aufzulösen und die Neuwahlen zum Landtag zusammen
mit den Kreis- und Provinziallandtagswahlen am 25. Oktober statt-
finden zu lassen. An sich besagt diese Meldung nichts Neues, denn
jeder ist sich darüber im Klaren, daß der augenblickliche Zustand im
Preussischen Landtag unhaltbar ist, bei dem das kombinierte
Zusammengehen der vereinigten Rechten mit den Kommu-
nisten jede Regierungstätigkeit unmöglich macht, trotzdem die
Oppositionsparteien nicht in der Lage sind, aus ihren Reihen eine
Regierung zu bilden. Der Rechten ist diese Möglichkeit denkbar
peinlich und namentlich die Volkspartei, die bei den Neu-
wahlen schlanke halbiert werden würde, sieht einer solchen
Entwicklung mit Grauen entgegen. Bolter Entrüstung schreibt die
„Tägliche Rundschau“:

„Es war zu erwarten, daß die Regierung die erste Gelegenheit
suchen würde, wo die Stimmung im Lande ihr die Aussicht gibt,
durch Neuwahlen einen ihr günstig gesimten Landtag zu schaffen.
Die drückende Wirtschaftslage, die Lohnkämpfe,
die durch gewissenlose Agitation geschürte Unzufriedenheit mit der
Steuer- und Zollpolitik, — das sind alles Momente, die der
preussischen Regierung hoffen lassen, daß jetzt ihr Weizen blüht.
Es bedarf der ernststen, angelegentlichsten Arbeit und der Ausnutzung
aller verfassungsmäßig zulässigen Mittel, um diese Pläne, die so
recht zur Unzeit uns zu allen Sorgen auch noch Auf-
regungen einer Wahl schaffen wollen, zu durchkreuzen.“

Wir begreifen, daß Neuwahlen den Volksparteilern Sorge
machen, aber gäbe es nicht sehr einfache Mittel für die Volk-
sparteiler, diese Sorgen los zu werden?

Feme-Kummel in Mecklenburg.

Völkischer Kleinrieg gegen Polizei und Gerichte.

Der Femespuk in Mecklenburg ist vielleicht gerade wegen
der Geheimnistuerei des Schweriner Schwur-
gerichts immer noch nicht erloschen. „Befreiungspläne“
der im Zuchthaus Dreierberg inhaftierten völkischen Tobestän-
digen und phantastische Redungen über das Verschwinden
von Belastungszeugen der demnächst vor Gericht zitierten
Nowdies durchschwimmen das Land mit dem Ochsenkopf. Leider
haben die selbstlosen Landknechte, die bei der Befreiung
ihrer verurteilten Kameraden noch Haut und Krallen riskieren wollten,
sehr wenig Erfolg bei Beschaffung des „Kriegsmaterials“ ge-
habt. Die mecklenburgischen Bauern und die hiesigen Guts-
besitzer hielten sich mit Rücksicht auf die kriminelle Straffälligkeit
bei Gewährung von Subsidien an ihre sonst so geschätzten völkischen
Jungs die Taschen zu und so verkrümelte sich angeht
dieser großen Pleite und der Streßfrage der Berliner Polizei in
das völkische gelobte Land Herr Reiking, der Häuptling der
„Befreiungsaktion“, mit seinen Spießgesellen irgendwo
in Mecklenburg oder in Berlin. Die Anfrage der
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an die
Reichsregierung wegen der Geheimhaltung des Schwei-
nerer Nordprozesses wird die ganze Materie der völkischen
Feme in Mecklenburg von neuem aufrollen und der Reichs-
regierung Gelegenheit geben, die Fiktion vom deutschen
Rechtsstaat wieder einmal durch eine gestrichelte Regierung-
erklärung aufrechtzuerhalten.

Neue Fememordprozesse.

Der Feme-Skandal scheint allmählich den Höhepunkt
zu erreichen. In Landsberg a. d. W. bereitet sich ein völkischer
Mordprozess vor, der diesmal nicht die Privatangelegenheit
einiger völkischer Schlächtergesellen ist, sondern einen richtiggehenden,

hoffizienten, als „Dienst“ angelegten Mord der be-
rühmten „national-kommunistischen Hausen“ unter persönlicher Auf-
sicht ihres Generaldirektors, des Oberleutnant a. D. Schulz auf-
rollt. Das „B. L.“ erzählt darüber folgende Einzelheiten:

„Der Elektriker Grefschke, der aus Frankfurt a. D.
stammt, wurde als Mitglied national-kommunistischer Bünde
mit der sogenannten Schwarzen Reichswehr bekannt.
Zwei Momente bestimmten den Dreißigjährigen, in diese
Formation einzutreten: Arbeitslosigkeit und Freude am Kriegs-
handwerk. Er galt für so zuverlässig, daß er als sogenannter
Unteroffizier eingestellt wurde. Als solcher gehörte er der
Abteilung K (Küstrin) an. Die dortigen widerwärtigen Zu-
stände, die von seinem vaterländischen Ideal weit entfernte Lebens-
führung, die Disziplinlosigkeit entfremdeten ihn mehr und mehr
seinen ehemaligen Freunden. Das erkannten seine „Vor-
gesetzten“ und fürchteten Gefahren von seiner Seite. Damit
war sein Todesurteil gesprochen.“

In einem Walde bei Bärwalde sollte er ermordet
werden. Dieser Wald wurde von einem „Kommando“ der
„Schwarzen Reichswehr“ unter dem Befehl eines „Offiziers“
durchstreift und mit einer Postkette umgeben, um lästige Zu-
schauer fernhalten zu können. Die beiden Fememörder holten in
einem Privatauto, von denen der Gruppe eine ganze Reihe
zur Verfügung standen, ihr Opfer aus der Untertunft
Grefschke bei Küstrin ab. Grefschke ließ sich durch falsche
Vorpiegelungen zu der ihm so verhängnisvollen Autofahrt ver-
leiten. In dem genannten Walde wurde er aus dem Wagen ge-
stoßen, niedergeschlagen und erschossen.

Soweit verlief die Aktion planmäßig. Beim Verscharren der
Leiche aber ließen die Täter in der Aufregung einen Militär-
mantel liegen. Aus Furcht vor Entdeckung holten sie ihn
nicht zurück, obwohl sie ihn schon bald vermissten. Dieser Mantel
führte Waldarbeiter zur Auffindung der Leiche.“

Die Aufdeckung dieses Verbrechens war trotz des Militärmantels,
eines kriminalistisch geradezu herrlichen Inhabspunktes, nicht ein-
fach, da bekanntlich die deutsche Reichswehr eine Verfügung
aus der Zeit des alten Brandes und des Kadetti-Marches aus-
zugraben beliebt, wenn sich republikanische Kriminal-
beamte ihren heiligen Hüllen nähern.

Die Wärderguppe von Bärwalde war aber auf „reichswehr-
eigenem Gelände“ untergebracht und fand so die gesuchte Deckung,
die ihnen die Flucht und die Vertuschung ihrer Heidenaten ermög-
lichte — bis auf ihren Chef, den Oberleutnant Schulz, der
jetzt verhaftet und nach dem Landgerichtsgefängnis von Lands-
berg a. d. W. übergeführt worden ist.

Weiter wird demnächst vor dem Schwurgericht in Lauen-
burg (Pommern) ein früherer Oberleutnant Soldt ebenfalls wegen
eines Fememordes vor Gericht erscheinen.

Wird in diesen beiden Prozessen etwa auch „Schwerin gespielt“
und die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden? Das würde dann freilich
mehr vermuten lassen, als die Verhandlungen öffentlich auf-
zeigen könnten.

Der Maslow-Prozess.

Eine Blamage des Staatsanwalts.

Der Maslow-Prozess verläuft tagaus tagein im ununter-
brochenen Verleihen von längst bekannten kommunistischen Do-
kumenten. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß
dieser Prozess, soweit in ihm gegen Maslow verhandelt wird, ein
geradezu ungeheuerlicher Konstruktionsprozess ist. Als eine
Art sensationeller Wendung wird es hingestellt, daß Maslows An-
gaben über seine Person, wonach er seit vielen Jahren in Deutsch-
land lebt, in Dresden das Gymnasium besucht und später auch in
Dresden studiert hat, sich bestätigt haben. Daraufhin hat der Staats-
anwalt den Teil der Anklage zurückgezogen, der sich auf Maslows
angebliche Emigrationstätigkeit im Auftrag der Exekutive bezog.
Dabei sind diese Personalien Maslows den in Frage kommenden
Stellen längst bekannt gewesen, und auch der Staatsanwalt
muß darüber genau unterrichtet gewesen sein. Man kann nur an-
nehmen, daß seine vorgeschickte Unkenntnis die lange Inhaft-
haltung Maslows seit Rat vorigen Jahres begünstigen sollte.
Worauf überhaupt noch eine Anklage gegen einen Mann wegen
Hochverrats aufgebaut werden soll, der in der ganzen tragischen Zeit
nachgewiesenermaßen nicht in Deutschland anwesend war und ausstren-
gen wegen seiner Differenzen mit der Exekutive von jeder unmittel-
baren politischen Tätigkeit ausgeschlossen wurde, das ist für jeden
normal Denkenden vollkommen unerfindlich.

Die Kaserne.

Von A. Greg.

Seit neun Jahren hatte ich sie nicht mehr gesehen.
Nun war ich am letzten Sonntag in jener Stadt und ging auch
zur Kaserne.

Bäcker, Händler und Wirte wohnen noch in der schmucklosen
Zugangstraße, durch die man, müde vom Marsch, in die Knie sackte,
oder abends tief, wenn Zapfenstreich geblasen wurde.

Vorhänge sind jetzt an den Kasernenfenstern, und Zielfluten,
alte und junge Gefechter, schauen durch die Scheiben des träbrotten
Gebäudes. Offenbar sind es Leute, die das Kaserniertwerden ge-
wohnt sind.

Dede, still und für jeden passierbar, liegt das früher bewachte,
heilige Tor. Es scheint abgeweht in den Jahren der Erdbeben der
menschlichen Gesellschaft.

Dort vor dem Wachhaus mußten wir Kriegsveteranen, Männer
dazwischen, zum Gang in die Kirche antreten, wo wir von dem
Pfarrer zu hören bekamen, daß der Krieg über die Welt gekommen
sei, weil die Menschen zu sündig gewesen, aber uns vergeblich an-
strenge, zu hören, daß die meisten Menschen nicht Geld und Zeit
genug hatten, in einem das Kriegunglück herausfordernden Maße
zu sündigen.

Mädchen und Frauen kommen aus den Häusern der Kaserne
und gehen über den Weg, wie wenn das immer so gewesen wäre in
diesen Mauern.

Kinder spielen auf dem inneren Kasernenhof. Frauenhemden,
Männerhosen und Kinderwädeln flattern auf der Leine, die zwischen
den Bäumen gespannt und durch Gabelstangen gestützt ist.

Von keinem freudigen Herzschlag getrieben, doch nicht ohne
innere Anteilnahme und von der Erinnerung an Schweres und
Düsteres gehand, sucht mein Blick die Flächen hinan die Gänge,
auf denen man gefanden, die Fenster der Stuben, in denen man
sein Schicksal dumpf erwartet hatte.

Hier der Schuppen mit dem ehemaligen Turngerät, da die
Waffenmeister, drüben die Küche, vor welcher der gestrenge Küchen-
unteroffizier seine Argusaugen wandern ließ. Dort oben wohnte
der schlanke Feldwebel — nicht alle Vorgesetzten waren jählan-
de —, dem ich zuweilen Holz schleppen mußte. Sein kleiner Junge,
der mein Freund war und mit mir zum Bahnhof lief, wenn ich
Urlaub bekam, wird sicher ein strammer Burche geworden sein.

Ich trete in den alten Kammerraum, wo ich mitunter mit der
Küche hinter dem Schenktisch ein Schachwort sprach. Ein blondes
Ding, ähnlich wie damals, sieht auch heute hinter dem mit Bier-
gläsern, Rauchwaren und Süßigkeiten besetzten Tisch. Junge
Burshen sitzen herum, trinken, rauchen und werden um das blonde
Ding, wie immerzeit die Soldaten um Käse.

Ein anderer Kasernenhof ist grün wie eine Weide geworden.
Vor der Regimentskammer, in der früher die Stiefel massenhaft

an der Decke hingen und ein Schellenbaum in einer Kiste in der
Ecke schummerte, sind jetzt Kleinstierställe aufgebaut.

Am Exerzierhaus firmiert ein Händler, typisch für die Verhält-
nisse nach dem Kriege.

Auf der ummauerten Mäkulute spaziert, nach einem Bissen
suchend, ein Hahn, dem der Wind die Federn weht.

Der Händler, der Hahn und die Mäkulde werden meine Ge-
danken ein.

Und wie ich mich dem Ausgang zuwende, schreiten mit mir
und rufen und reden die Skelettarme die toten Soldaten, die ein-
mal, lebendige Menschen, diese Bauten und Plätze belebt.

„Ollly-Polly“ im Theater am Zoo.

Emmy Sturm und Kurt Bois heißen die beiden Sieger
in der neuen Operette „Ollly-Polly“, die man seit gestern spielt.
Ihnen ist der Erfolg zu danken. Die Schwankautoren Arnold und
Bach haben schon Besseres, Lustigeres, Leppigeres geschrieben. Die
Idee ist mager. Der vielumhüllte Filmstar, diesmal ein Mann,
heiratet zum Schein eine alte, häßliche Scharte, angeblich, um von
einem juristischen Vertrag loszukommen. Man versteht das nicht
recht, und begründet wird es in einer sehr schnellen ungereimten
Szene nicht sehr geschickt. Da aber die schöne Ollly den schönen
Harald liebt, so verwanbelt sie selber sich in jene gar nicht schöne
Polly, und so spielt Emmy Sturm die Doppelrolle der Ollly-Polly.
Und das hätte sich auch dann zu sehen geföhnt, wenn zu dieser
mageren, ziemlich 500 Jahre existierenden Schwankidee — noch eine
fette Zutat gekommen wäre. Aber auch diese ist längst vorgeahnt:
Kurt Bois spielt den Jüngling mit der Träne in der Stimme, den
lieben Jungen, dem immer die Braut fortgeschluppt wird, und der
als Schlemmer immer am bösen Ende hängen bleibt. Er ist ganz
tollkühn in seiner wechleiden, halblistigen Art, immer zu grotesken
Improvisationen bereit, immer gelegentlich in den Beinen und musi-
kalanisch dazu. Wer könnte es ihm verdenken, daß er einen Sturm-
angriff wagt? Diese Emmy Sturm blüht vor Jugend und glüht
von Temperament. Sie ist die vornehmste aller Soubretten Berlins,
singt pikant und großlos zugleich, wirbelt die Musik und die Couplets
der beiden Rollen von der Seite bis zum blonden Schoß und flüht
mit ihrer berrigen, lässigen Laune alle an. Etwas davon bekommt
der schwerfällige Stössel, mehr schon der zu akademische Josef
Kaufmann, eine ganze Menge die lebendige Clara ab. Leider
hört man zu viel von Mund und Mädchen, Liebe und Nacht,
anbimmeln und verheeren. Süßheit und Ueberfülle. Aus der reich-
lichenden Melodienreihe Kollo's prägen sich einige schlafrichtig
ein, so die Lieder „Du hast die richtige Linie“, „Wenn Mädchen
träumen“ und „Und du bist so anspruchslos“. Kollo ist anspruchs-
voller als seine Dichter (einschließlich Sohn), wenn er auch nicht mehr
ganz neu schafft, so schafft er doch Ackeres aus eigener Werkstatt
in eigener Werkstatt „auf neu“. Doch sollte er einen Mißbrauch
mit dem gar zu vorordringlichen Soroptikon schnell abstellen. Mag
Bertrauch brachte der Partitur viel Liebe entgegen. A. E.

Ausbau des Deutschen Museums. Der Stadtrat München genehmigte
für das Deutsche Museum einen Zuschuß von 100 000 M., der zum Ausbau
und zur Einrichtung des zweiten Stockwerkes verwendet werden soll.

Hundert Jahre Omnibus. Paris ist die Wiege der geräumigen,
mit offenen Decken versehenen Pferdebusse, die, ehe der
Omnibus aufkam, in allen größeren Städten neben den kost-
spieligeren Droschken und Fiakern die beliebteste und wohlfeilste
Verkehrsmittel darstellten. Vor genau hundert Jahren wurden
sie auf den Namen Omnibus getauft. Eine regelmäßige Personen-
beförderung jeglicher Art war indessen schon früher, und zwar eben-
falls in Paris, praktisch verwirklicht worden. Infolge eines Edikts
Ludwigs XIV. trat nämlich im Jahre 1662 in Paris das Institut
der sogenannten „Carrosses à cinq sous“ ins Leben. Es waren dies
Wagen für acht Personen, die zu bestimmten Zeiten bestimmte Linien
durchfahren. Das Unternehmen konnte sich jedoch nur kurze Zeit
behaupten. Das eigentliche moderne Omnibuswesen wurde 1825 von
dem in Nantes behelmten Omnibus begründet, der das von ihm
erfundene Gefährt im Anlauf an seinen eigenen Namen und mit
Rücksicht darauf, daß es bestimmt war, allen (lateinisch: omnibus) zu
dienen, „Omnibus“ nannte, ein Name, der ihm bis heute
geblieben ist, obzwar ihn mit der wachsenden Verbreitung des Kraft-
wagens die gut nachempfundene Variante „Autobus“ mehr und mehr
in den Hintergrund drängt. Nachdem die Wagen sich nun in Nantes
gut bewährt hatten, richtete Omnibus auch in Paris Omnibuslinien ein,
die ebenso schnell populär wurden wie ihre Bezeichnung und sich nicht
minder schnell vermehrten. In London eröffnete ein gewisser
Schillibeer im Jahre 1829 die ersten Omnibuslinien. In Berlin
waren 1837 die ersten Omnibusse mit 5 Linien und 20 Wagen in
Betrieb. Im Jahre 1865 bestanden bereits 36 Linien mit 305 Wagen,
und drei Jahre später kaufte eine Aktien-Kommanditgesellschaft die
sämtlichen bis dahin von einzelnen Fuhrherren betriebenen Ver-
de-Omnibuslinien an. Bei dieser Gelegenheit mag daran erinnert
werden, daß auch der Fiaker, der zweispännige Mietwagen für vier
Personen, in Paris das Licht der Welt erblickte. Ehe die einspännige
Droschke in Gebrauch kam, beherrschte er allein das Feld. Seinen
Namen verdankt er aber nicht etwa dem heiligen gleichen Namens,
sondern der Tatsache, daß das erste Fiakerdepot in der nach dem
heiligen benannten Pariser Straße gelegen war.

Musiktheater. Die vom Berliner Sinfonie-Orchester veranstalteten
Konzerte unter Leitung von Oskar Fried finden in zwei Folgen
zu je sechs Konzerten statt, deren erster die Sonntage: 4. und 18. Oktober,
11. und 25. November, 6. Dezember, 1. Januar, der zweite die Sonntage:
1. und 15. Oktober, 8. und 20. November, 13. Dezember, 3. Januar um-
faßt. Für beide Folgen wird ein Abonnement herausgegeben.

Das Theater am Lustgarten. Das im Umbau begriffen ist wird
am 21. September mit dem Puppenspiel von Franz Molnar „Der glückliche
Gartener“ mit Käthe Dorsch eröffnet.

Das Offenbacher Landes-Theater. Der Verband der deutschen Volksbühnen-
vereine hat am 20. August unter der künstlerischen Leitung von Paul Haug
sein zweites Spieljahr eröffnet. Zur Aufführung gelangen in den ersten
Wochen: Baumwälder Solche, Hüt: Schwarzwälder, Hebel: Agnes
und sein König. In den bisherigen Spielzeiten sind die Städte Anklam,
Pärtenwalde, Ludenwalde, Neu-Ruppin und Wittenberge hinzugekommen.
Som Oktober bis April wird das Theater auch regelmäßig Vorstellungen
in Berlin-Vankow für die dortige Theatergemeinde geben.

Giocomo Puccinis nachgelassene Oper „Turandot“ wurde von der
Dresdener Staatsoper zum alleinigen deutschen Aufführungs-
recht angenommen. Die Uraufführung unter musikalischer Leitung von
Fritz Busch dürfte gleichzeitig mit der italienischen im Laufe des April 1926
stattfinden.

Opposition in der KPD.

Die Berliner halten an Maslow fest.

Der Handstreich der Exekutive gegen die Ruth-Fischer-Maslow-Leitung beginnt in den Organisationen zu wirken. Die Berlin-Brandenburger Bezirksleitung hat an Maslow folgendes Telegramm gerichtet:

„Heute versammelte Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, zu wichtiger Entscheidung zusammengekommen, sendet Dir, unserem langjährig vertrauten Kampfgesossen, heiße Komplimentsgrüße. Die Berliner KPD wird sich durch nichts die unter Deiner tatkräftigen Hilfe in schweren Jahren des gemeinsamen Kampfes errungene Tradition im Befreiungskampf der deutschen und internationalen Arbeiterklasse nehmen lassen. Der fanatische Haß unserer Klassenfeinde, durch den Staatsgerichtshof gegen Dich gemeldet, ist Bestätigung Deiner unerschrockenen, aufrechten, konsequenten revolutionären Arbeit im Geiste Lenins und im Geiste der Kommintern für die deutsche Revolution und für Sowjetrußland. Vertrau auf uns in jeder Situation. Die unseren Handschlag!“

Diese Begrüßung bezieht sich selbstverständlich nicht nur auf den Prozeß, in den Maslow augenblicklich verwickelt ist, sie hat natürlich auch politische Bedeutung. Es ist klar, daß selbst ein äußeres Einschwenken der KPD auf den neuen Kurs nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß in die gesamte kommunistische Parteiorganisation, selbst in ihren besten Zentren, eine ungeheure Spannung einzuziehen muß. Diese Spannung kommt auch in der Unterwerfungserklärung des Maslow-Jüngers „Lenz“ zum Ausdruck, der ausdrücklich sich gegen die Behauptung der Exekutive wendet und die Angriffe auf Ruth Fischer und Maslow zurückweist. Lenz hat es gewagt, gegen den Brief der Exekutive zu stimmen. Zur Begründung seiner Abstimmung gibt er eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Ich anerkenne die Berechtigung der wesentlichen Punkte der Kritik der Exekutive an der Parteiführung und stimme den gestellten politischen Aufgaben, die in Übereinstimmung sind mit den Beschlüssen des 10. Parteitages, vorbehaltlos zu. Ich muß es jedoch ablehnen, daß die Ursache aller Fehler und Schwächen in der allgemeinen Unreife der Partei und der Linken, die sie seit Frankfurt geführt hat, gesucht wird, sondern einzig und allein in der Schuld der Genossin Ruth Fischer und Maslow, bzw. einer „Gruppe Ruth Fischer-Maslow“, die als eine besondere von der Linken verschiedene Gruppe meines Wissens nie existiert hat.“

Diese Erklärung bedeutet jedoch keineswegs, daß „Lenz“ nun in die Opposition gegen die Exekutive gehen wolle. Soviel Mut bringt ein Kommunist nicht auf. Deshalb heißt es am Schluß seiner Erklärung ausdrücklich:

„Zum Schluß erkläre ich daß ich als diszipliniertes Mitglied der Internationale mich bemühen werde, die gestellten Beschlüsse eifrig durchzuführen an der Stelle, an die die Partei mich stellt.“

Die Gemahregelten werden danach zwar nicht nach außen hin gegen die Beschlüsse der Exekutive rebellieren. Daß aber eine starke Erbitterung und der Wille zur Opposition bei den linken Kommunisten vorhanden ist, das zeigen diese Symptome deutlich genug.

Rechtsdemagogie gegen Polizeibeamte.

In einer großen öffentlichen Polizeibeamten-Versammlung, die von der Beamtentrainee unserer Partei am Donnerstag nach der Bodrauerstraße einberufen war, referierte Landtagsabgeordneter, Genosse Wardwald, Frankfurt a. M., vor über 1000 Polizeibeamten über das Thema „Die Behandlung der Polizeibeamten im Preussischen Landtag“. Der Inhalt seines Referats war etwa folgender:

Auch bei der Behandlung der Polizeibeamten im Preussischen Landtag zeigt es sich immer deutlicher, daß die Wählermassen, die diesen heute in den Parlamenten ausschlaggebenden Parteien bei den letzten Wahlen ihre Stimmen gegeben haben, die Opfer eines schamlosen Wahlwindes geworden sind. Den Wählern wurde von den Rechtsparteien vor den Wahlen alles versprochen. Besonders den Beamten gegenüber konnte man nicht genug soziales Verständnis heucheln. Mit einer Doppelzüngigkeit, die nicht ihresgleichen findet, werden auch die Polizeibeamtenfragen von den Rechtsparteien in den Parlamenten vertreten. Im Landtag stimmen diese Demagogen meist für alle von der Sozialdemokratie eingebrachten Anträge, weil es sie nichts kostet. Im Reichstag dagegen, wo man diese Anträge verwirklichen könnte, wachelt sie die Front und stimmt dagegen. Nun sind doch die Verhältnisse gerade bei Polizeibeamten nicht die besten, besonders in der Besoldung. Man muß sich eigentlich wundern, daß bei dieser schlechten Bezahlung die Bestechlichkeit unter den Beamten nicht um sich greift. Die Sozialdemokratie hat wiederholt die Erhöhung der Beamtenbezüge, besonders die der unteren, beantragt, jedoch ohne Erfolg. Sie hat vor allem im Reichstag die Aufhebung des Besoldungssperregesetzes gefordert, das den Ländern und Gemeinden verbietet, ihre Beamten besser zu stellen als die des Reiches. Mit den Stimmen der Rechtsparteien ist das Sperrgesetz verlängert worden. Die Sozialdemokratie fordert die Milderung des Eheverbots, die Aufhebung des Kadavergehorsams, die Befreiung des Wohnungsmachers der salarisierten Beamten, die Überführung der Polizeibeamten in das allgemeine Beamtenverhältnis (Pensionsberechtigung) u. dgl. Jedenfalls ist die Sozialdemokratie bemüht, das Wohl der Polizeibeamten zu fördern und ihnen ein Dasein zu schaffen, daß ihrem schweren und verantwortungsvollen Beruf entspricht. Die Polizeibeamten müssen aber an diesem Werk mithelfen, indem sie sich gewerkschaftlich und politisch organisieren. Durch den gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschluß der Polizeibeamten wird man auch diesem Reichstags der Regierung Einhalt gebieten können und die Polizeibeamten zu Menschen erziehen, die sich mit ihrer ganzen Person für die Republik einsetzen. Stürmischer Beifall folgte diesen Ausführungen. Nachdem das Referat noch von den Genossen Stelling, Siering und Schrader durch längere Ausführungen unterstrichen und ergänzt worden war, schloß die Versammlung nach Annahme einer Entschließung, in der den sozialdemokratischen Fraktionen der Dank für ihre Tätigkeit im Interesse der Polizeibeamtenschaft ausgesprochen wird, mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Autobusunglück am Brandenburger Tor.

Heute vormittag 10 Uhr 50 Minuten fuhr ein Automobil von Linie 29 an der südlichen Durchfahrt des Brandenburger Tores infolge zu kurzen Einbiegens gegen einen Torpfeiler. Es wurden neun Personen verletzt, von denen eine der Charité zugeführt wurde. Die Namen der Verletzten sind: Fräulein Elisabeth Schulz, Neukölln (Knieverletzung); sie wurde in die Charité gebracht. Durch Gaspflaster leicht verletzt wurden Fräulein Emmi Freiburg, Neukölln; Margarete, Eichtenberg; Richard Bogt, Neukölln; Heinrich Commaß, Dresden, Weinbergstraße; Willy Bode, Potsdam; Heinrich Schulz, Schuldtreff, Chemnitz, Limburger Str. 105; Dr. Elperin, Berlin, Eisingstr. 54, und Martha Ehrhard, Colow im Oberbruch. Der Omnibus wurde so stark beschädigt, daß er abgekippt werden mußte.

Die Funkstadt am Kaiserdamm.

Heute Eröffnung der 2. großen deutschen Funkausstellung.

Hinter dem Bienensee und am Rande des Grunewaldes entwickelt sich unter dem Schutze des neuesten Wahrzeichens Berlins, dem Funkturm, eine der Hoffnungen dieser Stadt. Eine der Hoffnungen, die selbst von den kleinsten gehet und gepflegt wird und berechtigte Aussicht auf Erfüllung schon deshalb in sich trägt. Man hofft, die Funkindustrie und alles, was mit ihr zusammenhängt, hier heimatrechtlich zu machen, und hat ihr eines der schönsten Wesshäuser gebaut, die es in den Wessstädten des Reiches überhaupt zu sehen gibt. Die zweite Große Deutsche Funkausstellung, die heute eröffnet wurde, ist für den großen Kreis der Berliner Rundfunkteilnehmer, der praktisch an der Vollendung des Empfangsgerätes arbeitet, ein langersehntes Ereignis. Sie alle sind Mitarbeiter an der technischen Fortentwicklung im Funkwesen, die in der Ausstellung zum Ausdruck kommt.

Erster Gang durch die Ausstellung.

Es ist eine mit Rausch gefüllte Atmosphäre, die einen empfängt, wenn man sich dem Funthaus nähert. Hier scheint in der Tat der Himmel, auch der regenschwere, voller Seligen zu hängen. Aus dem kleinen Lautsprecher an der Ecke quillt und singt es in einem fort. Wenn einer Atem holt, sind die freundlich geladenen Jungmänner mit dem Drogungen voll. Im Innern, unter dem Reg der hundert muskelführenden Antennendrähte, verstärkt sich noch der Eindruck der spielenden, redenden und singenden Welt. Aber darum kommt man ja eigentlich nicht hierher. Man will weniger hören als begutachten, was dieser oder jener Apparat leistet. Man laßt sich an dem Gesumel der blanken Telle, die als Muster von Erfindung gelten und freut sich, wenn die schönen Dinge, die Klänge von weither gut heranhören und vollendet wiedergeben. Die technischen Neuerungen im Empfängerbau sind im starken Maße bedingt worden durch die Freigabe aller Schallungsarten und des ganzen Wellenbereichs. Bisher ist die Kostenform bevorzugt worden, da bei dem bisherigen kleinen Wellenbereich von 250 bis 700 Meter und bei der geforderten Unauswechselbarkeit der Spulen diese als die zweckmäßigste erschienen. Heute beim Bau von Empfängern mit großem Wellenbereich will man sich nicht immer durch den geschlossenen Kasten binden lassen. Der große Wellenbereich wird von den verschiedenen Firmen auf verschiedene Weise erreicht. Entweder durch Umschalten der im Empfänger eingebauten Spulensätze, was oft besonders sorgfältig ausgeführte Schalter dienen, oder durch Austausch der Spulen oder sogar durch Austausch ganzer Spulenkästen, in denen sich dann nicht nur die den Wellenbereich bestimmenden Spulen, sondern auch die dazu gehörige Koppelung bzw. auch Rückkopplung befinden. In solchen Spulenkästen verwendet man hochwertige Zylinderkondensatoren, während die austauschbaren Spulen meist Honigwabenspulen sind. Außer den Empfängern mit einfachen Schaltungen sind eine größere Zahl von hochwertigen Empfängern mit acht und mehr Röhren ausgestellt. Hierbei wird die Trioden- und die Zwischenfrequenzschaltung (Superheterodyne) bevorzugt. Fast alle Firmen haben der Freigabe des Wellenbereichs Rechnung getragen und Empfänger für Wellen von 200 bis 2000 Meter gebaut. Auch sind viele Zusatzgeräte entwickelt worden, welche den Wellenbereich der alten Empfänger auf 2000 Meter erweitern, um allen Rundfunkteilnehmern vor allem den Empfang des neuen in Betrieb befindlichen Deutschlandsenders in Königs-Wusterhausen auf Welle 1300 Meter zu gestatten.

Einen sehr breiten Raum nahmen die Einzelteile ein. Es ist eine größere Zahl von Drehkondensatoren herausgebracht worden, die die Wellenlänge in Abhängigkeit von der Gradzahl gradlinig variieren.

Wieder eine Brandstiftung in Neukölln.

Heute morgen gegen 6 Uhr wurden die Bewohner des Hauses Falk-, Ecke Steinmühlstraße in Neukölln durch Brandgeruch von den Bodenräumen her aufmerksam gemacht. Sie eilten sofort hinaus und fanden mehrere Laternenverschlüsse schmelzend. Die Hausbewohner machten sich selbst sofort an die Arbeit, den Brand zu ersticken, und als die Feuerwehr eintraf, war die größte Gefahr schon beseitigt. Sie löschte nur noch ab und vollzog die Aufräumungsarbeiten. Die alarmierte Brandkommission der Kriminalpolizei setzte sofort mit den Ermittlungen ein. Die Laternen waren, wie sich ergab, mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und dann angezündet worden. Von dem Hausbewohnern hatte niemand eine verdächtige Person bemerkt.

Die Zeppelinkatastrophe in Amerika.

Fünfzehn Tote.

Ueber die Katastrophe, der am Donnerstag vormittag der in Amerika gebaute Zeppelinkreuzer „Shenandoah“ zum Opfer fiel, werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Das Luftschiff war mit 42 Mann Besatzung zu einem großen Ueberlandflug aufgestiegen, der fünf Tage dauern und durch den mittleren Westen der Vereinigten Staaten führen sollte. Der Flug selbst war am Mittwoch abend angetreten worden. In den frühen Morgenstunden des Donnerstag geriet das Luftschiff in einen heftigen Gewittersturm, durch den es aus 1000 Meter Höhe plötzlich in 1800 Meter gerissen wurde. Das Luftschiff stieg mit einer Stundengeschwindigkeit von 50 Meilen und wurde dabei plötzlich vom Sturm geteilt und zerbrach in drei Teile. Die zwei Haupttrümmer wurden im Staate Ohio in einer Entfernung von 10 Meilen gefunden. Unter den 15 Toten, die bisher festgestellt worden sind, befindet sich auch der Kommandant Sandowne. Die meisten Toten wurden in der Steuertabine gefunden, wo sie beim Aufschlagen auf den Boden den Tod gefunden hatten.

Die Bestürzung in den Marinekreisen von Washington ist ungeheuer groß. Aber auch die Bevölkerung soll vollkommen fassungslos sein über die Größe des Unglücks. Die amtliche Berichterstattung hat den Unfall in vollem Umfang zugegeben und versichert nur, die Schuld den schwachen Rotoren zuzuschreiben. Die „Los Angeles“, das in Friedrichshafen gebaute Luftschiff, mit dem Dr. Eckener den Ozean überquerte, hätte mit ihren Maschinen den Sturm überstanden. Der amerikanische Marineattaché Wilbur erklärte, der Unfall käme nicht unerwartet, da man immer Besorgnis gehegt habe vor den im Innern des Landes unerwartet auftretenden Wirbelstürmen. Man habe es deshalb auch den Kommandanten überlassen, wann und wohin sie fliegen wollen, ohne ihnen ausdrückliche Befehle zu erteilen.

Zugunglück in Frankreich.

Paris, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Personenzug, der am Donnerstag um vier Uhr nachmittags von Saint-Jean-Pied-de-Port abfährt, ist am Donnerstag nachmittag um 4 Uhr 45 bei der Einfahrt in den Bahnhof von Louhosoa, 31 Kilometer von Bayonne, entgleist. Sämtliche Wagen, sowie die Lokomotive sind aus den Gleisen gesprungen. Drei Wagen wurden vollkommen zersplittert. Nach den bisherigen Nachrichten beläuft sich die Zahl der Opfer auf 3 Tote und zahlreiche, teilweise sehr schwer Verwundete. Ueber die Ursache der Katastrophe ist noch nichts Näheres bekannt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Kreis Neukölln: Heute abend 7 1/2 Uhr ereignete Kreisoberkonferenz im Sekretariat.

so daß die Einstellung im ganzen Wellenbereich gleichmäßig ist. Bei der Entwicklung der Spulen hat man besonderen Wert auf Kapazitätsfreiheit gelegt und aus diesem Grunde z. B. selbsttragende (körperlose) Spulen gebaut. Bei den Detektoren sind die entwickelt worden, die eine zwangsweise geführte Feineinstellung besitzen und sonach eine systematische Ausnutzung der ganzen Kristallfläche gestatten.

Eine außerordentlich instruktive Ausstellung bietet vor allem auch die Reichspost, die sich die Darstellung der Mysterien des Sendebetriebs zur besonderen Aufgabe gestellt hat. Nicht vergessen sollen dabei sein die neuen selbstgeschaffenen Kurzwellensender des Radioklubs. Ueberhaupt ist dem Sendebetrieb ein großer Raum zugedacht. Man sieht die Vorgänge im Senderaum und mohnt der Geburt der Töne bei, die das Mikrofon in die eigentliche Sendemaschinerie schickt.

Das Festsendespil.

Im Mittelpunkt des gestrigen Abends stand die Generalprobe des Festsendespils „Der Tag des Rundfunks“; warum nur? Ruh man ein Aufgebot der namhaftesten Berliner Komiker bestellen, nur um dem Publikum das Vergnügen ihrer persönlichen Bekanntheit zu machen; wenn sich doch keiner von ihnen in seiner Eigenart zu zeigen Zeit hat, ja mancher überhaupt kaum ein Wort spricht? Und konnte man sich für die Vorbereitung der Leibesübungen nicht wenigstens eine einigermaßen zureichende Tanztruppe beschaffen? Es handelte sich doch schließlich nicht um die Geburtsstagsfeier eines radiobestärkten Danks, der an solchen Darbietungen seiner Richten ja gewiß keinen Spaß gehabt hätte. Für ihn schien überhaupt das ganze Festsendespil bestimmt, und einige gute Nummern, vor allem Lucie Höflich, die das ergreifende Gebet Gretchens aus dem Faust sprach, machten die Unzulänglichkeit des übrigen nur noch deutlicher. Wenn man das ganze wenigstens nicht „Fest“sendespil genannt hätte! Wir haben schon gute Rundfunkabende, und wir haben danebengelungene gehört; so hätten wir den eben zu den danebengelungen gerechnet, der nur den Sonderfehler hatte, daß man den Hörer diesmal nicht vorzeitig abnehmen konnte. Hinter die Kulissen des Rundfunks zu schauen, kann gewiß vergnüglich sein; ist's, wie wir erfahren haben, nicht immer.

Im Anschluß an die Funkausstellung veranstalteten gestern vormittag in den Ausnahmestädten der Funkstunde die Berliner Presse, das Messeamt und die Berliner Funkindustrie eine Pressekonferenz, in der Fragen und Probleme des Rundfunks in einer Reihe von Vorträgen behandelt wurden. Die Vorträge waren hauptsächlich für auswärtige Journalisten gedacht, die sich mit dem Wesen des Rundfunks beschäftigen. Prof. Weithäuser gab in seinem Vortrag eine kurze, geschichtliche Uebersicht und eingehende Erklärungen der Empfangsapparate. Oberingenieur Schäfer sprach über die Aufnahmeapparate und schloß daran eine Demonstration der Sendevorführungen. Man spielte die Wolfsjuchzige aus dem „Freischütz“ mit Brongeeß und Tronoff. Ludwig Kapeller, Joachim Boehmer und Stegried Hartmann behandelten darauf die kulturellen und künstlerischen Aufgaben des Rundfunks. Vor allem forderte Hartmann eine ständige Rundfunkkritik in den Tageszeitungen, die ein mit der Technik des Rundfunks vertrauter Konzertkritiker übernehmen müßte.

Heute mittag 12 Uhr fand die Eröffnung der Zweiten deutschen Funkausstellung im Vortragsaal des Hauses der Funkindustrie statt. Man begann mit dem „Meisterfinger-Vorspiel“ unter Leitung Bruno Seidler-Winklers, darauf folgten Reden des Direktors der Funkindustrie Dr. Erwin Michel, des Reichspostministers Dr. Stingi und des Oberbürgermeisters Dr. Böck.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Reichsbahnkonflikt.

Protekt des Bezirksbetriebsrats.

Der am Mittwoch, den 2. September, tagende Bezirksbetriebsrat für den Reichsbahndirektionsbezirk Berlin erhebt nach eingehender Aussprache scharfen Protest gegen die von der Hauptverwaltung unter Ausschaltung der Gewerkschaften vorgenommene Lohnregelung.

Er sieht in der Lohnnahme einen Vorstoß gegen die Gewerkschaften und fühlt sich verpflichtet, auf die durch diese Provokation innerhalb der Reichsbahnbediensteten entstandene Erregung, welche schwerwiegende Auswirkungen für den Eisenbahnbetrieb nach sich ziehen kann, hinzuweisen.

Die von der Hauptverwaltung vorgenommene Erhöhung der Ortslohnzulagen ist völlig unzureichend. Der Bezirksbetriebsrat fordert im Rahmen der von ihm vertretenen Bediensteten die sofortige Erfüllung der von den Gewerkschaften gestellten Forderungen, die der Bezirksbetriebsrat als Mindestforderung betrachtet.

Protestversammlung der Krefelder Eisenbahner.

Krefeld, 4. September. (M.) Die Krefelder Eisenbahner hielten eine große Protestversammlung ab, in der eine Entschließung einstimmig angenommen wurde, in der es heißt, daß die Reichsbahnverwaltung und die Reichsregierung mit aller Rücksichtslosigkeit versuchen, den berechtigten Forderungen der Eisenbahner entgegen zu wirken.

Wünsche der Mühlenbesitzer.

Eine Spekulation auf die Dummheit.

Der Arbeitgeberverband der Mühlenindustrie Groß-Berlins schickt uns folgende Berichtigung:

„Die Behauptung, daß die Unternehmer im neuen Mantelarifvertrag den Zwölfstundentag festgelegt haben wollen, ist unrichtig. Von Arbeitgeberseite ist vielmehr der Wunsch ausgesprochen worden, in dem neuen Mantelarifvertrag die Dauer der Arbeitszeit entweder überhaupt nicht festzulegen oder sie nach einem der folgenden schriftlich überreichten drei Vorschläge zu regeln:

1. Vorschlag: Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit der Mühlenarbeiter beträgt 48 Stunden ausschließlich Pausen.
2. Vorschlag: Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit darf diejenige Arbeitszeit nicht überschreiten, die nach § 1 Satz 2 und 3 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (RGBl. I S. 1249) in Verbindung mit der zu § 1 Satz 3 a. a. O. erlassenen Ausführungsbestimmung (RGBl. I S. 416) gesetzlich zugelassen ist.
3. Vorschlag: Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen soll die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten. Jedoch kann der an einzelnen Werktagen für den Betrieb oder eine Betriebsabteilung eintretende Ausfall von Arbeitsstunden nach Anhörung des Arbeiterrates durch Mehrarbeit an den übrigen Werktagen der gleichen oder der folgenden Woche ausgeglichen werden. Die Dauer der täglichen Arbeitszeit bei Mehrarbeit nach Satz 2 darf für erwachsene männliche Arbeiter 12 Stunden, für Jugendliche und Arbeiterinnen 9 Stunden nicht überschreiten.“

Der langen Rede kurzer Sinn dieser „Berichtigung“ ist folgender: Die Unternehmer wollen — zunächst — an vier Tagen der Woche das Zwölfstundentagesystem von je 12 Stunden täglich einführen. Sie geben vor, daß sie diese Arbeitsmethode nur für den Fall nicht genügender Beschäftigung einführen wollen. Wenn das aber der wirkliche Grund wäre, was hindert sie, an vier Tagen der Woche in drei Schichten arbeiten zu lassen?

Die Unternehmer geben vor, daß diese Methode im Interesse der Arbeiter läge, da diese dann nur vier Tage in der Woche arbeiten müßten, aber einen vollen Wochenlohn erhielten. Voraus zu erwidern ist, daß die Arbeiter, wenn sie mit der Bereitung ihrer Interessen die Unternehmer beauftragen wollen, dies schon sagen werden. Vorläufig vertreten die Arbeiter noch selber ihre Interessen. Aber offenbar halten die Mühlenbesitzer die Arbeiter für so dumm, wie die Mühlenbesitzer sich — zu Unrecht — für schlau halten. Daß in der Zukunft an die Arbeiter eine große Unerschämtheit liegt, haben die Mühlenbesitzer offenbar noch nicht fapiert.

Schiedspruch in der Zigarrenindustrie.

Zur Schlichtung des Lohnstreites in der Zigarrenindustrie hat die Schlichtungskammer unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Albrecht vom Reichsarbeitsministerium, nachdem eine Verständigung unter den Parteien nicht zu erzielen war, einen Schiedspruch gefällt, der die bisherigen Löhne mit Wirkung vom 7. September um 7 Proz. erhöht. Die so erhöhten Löhne sollen frühestens zum 31. Dezember dieses Jahres aufkündbar sein. Bis zum 7. September müssen sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erklärt haben.

Unternehmerauschuss für Berufsausbildung.

Die Union meldet: „Die Leistungssteigerung und die Qualitätsproduktion der deutschen Wirtschaft setzen in erhöhtem Maße den geschulten Arbeiter im allgemeinen und den qualifizierten Facharbeiter im besonderen voraus. Hinzu kommt, daß der gewerbliche Nachwuchs, namentlich wegen des Geburtsausfalls während des Krieges, eine gefährliche Lücke in den nächsten Jahren aufweisen wird. Eine sorgfältige Deconomie des Produktionsfaktors Arbeit

von der Schulzeit über die Berufsberatung bis zum Arbeitsplatz im Werk ist daher notwendig. Um die auf den verschiedenen Gebieten liegenden vielseitigen Aufgaben einheitlich zu bearbeiten, haben sich der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Ausschuss für technisches Schulwesen entschlossen, einen Arbeitsausschuss für Berufsbildung zu errichten. Den Vorsitz dieses Ausschusses wird Geheimrat Ernst von Borsig übernehmen.“

Die Unternehmer beginnen also einzusehen, daß die Förderung der Qualität der Arbeitskraft ein Gebot der Stunde ist. Es wird auch nachgerade Zeit, die Verhältnisse auf diesem Gebiet nachzuholen. Aber ohne Qualitätsbezahlung gibt es keine Qualitätsarbeiter. Die Arbeiter wandern einfach aus, wie die Auswanderungsstatistik der letzten Jahre deutlich genug aufzeigt, wenn man sie dauernd unter dem Lohnniveau des Weltmarkts zählt.

Vermittlungsvorschlag im französischen Bankstreik.

Paris, 4. September. (EP.) Painlevé empfing gestern Abend Delegierte des Streikkomitees. Das Komitee trat für eine rasche Intervention der Regierung ein, um die Beilegung des Bankbeamtenstreiks herbeizuführen. Painlevé empfing außerdem ein Telegramm von Herriot, worin dieser vorschlägt, den Bankbeamtenkonflikt dem Schiedspruch des Präsidenten des Kassationshofes zu unterbreiten. Das Streikkomitee machte auf einem Maueranschlag zahlreiche interessante Angaben. Ueber die Beziehungen der Banken zur Regierung wird zum Beispiel berichtet, daß drei Großbanken auf Befehl der Regierung für 10 Milliarden Franken nationale Verteidigungsscheine gekauft hätten, um die Anleihe zu sichern, und daß dieser Betrag den Bankanlagen entnommen worden sei. Wenn somit ein Sturm des

Publikums auf die Rückzahlung der Guthaben stattfinden würde, so würden die drei Großbanken Credit Lyonnais, Societe Generale und Comptoir d'Escompte sich sofort in Zahlungsschwierigkeiten befinden. Dieser Anschlag wurde an verschiedenen Stellen von anderen Kellameinrichtungen überlebt.

Streikbewegung in der chemischen Industrie.

Leipzig, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie des Tarifgebietes Sachsen hat bisher jede Erhöhung der Löhne der chemischen Arbeiter abgelehnt. Daraufhin sind nun in Leipzig 2000 Arbeiter der chemischen Industrie in den Ausstand getreten. Auch in Großenhain streiken die Arbeiter. Bezug ist fernzuhalten. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Streikbewegung auf ganz Sachsen erstreckt, wo ungefähr 15 000 Arbeiter in Frage kommen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Gattermann; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Eichen; Feuilleton: Dr. John Schimanski; Kalligrafie und Sonstiges: Felix Karst; Anzeigen: H. Gieseler; sämtlich in Berlin. Verlag: Borchers-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Borchers-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 1.

Abessinier-Pumpen, Höhen, Filter, Granitelle, Preisliste gratis, Koblenz & Co., Pumpenfabrik, Berlin N. 65, Reinickendorfer Str. 58.

Bären-Stiefel
halfbarster Qualitätsstiefel für Strasse und Sport nur bei H. Bähr, Spittelmarkt 7



Grosser Herbst-Verkauf

Damen-Wäsche

Kasakuntertaillen in allen Farben... 275
Schlupfbeckkleid mit Volant, in schönen Farben... 205
Hemdosen moderne Windelform, in vielen Farben... 375
Unterkleider grosses Farbensortiment, alle Grössen... 375
Garnitur Hemd und Schlupfbeckkleid, m. Spitze garniert... 750

Hüfthalter aus weissem u. farbigen Drill, oben mit Gummiband... 175
Büstenhalter a. weissem u. farbigen Trikot, vorzuzgl. Sitz... 225

Morgenröcke aus Flauschstoff, fescbe Form... 690
Morgenröcke aus Flauschstoff, m. besticktem Schal... 975
Morgenröcke aus Trikotstoff, gutstanzende Form... 1250
Morgenjacke aus Flauschstoff, Geisshaft... 450

Damen-Bekleidung

Mäntel für Backfische, aus soliden Winterstoffen... 1175 975 790
Mäntel aus farbigen, molligen Stoffen... 1750 1475
Mäntel für Damen, aus uni und karierten Stoffen... 2950 2350
Kleider aus reinwollnem Cheviot, mit spartier Garnierung... 1175 890
Kleider aus prima Velours de laine-Du-Son, m. laugen Aermeln... 1670 1475

Kleider aus kunstseid. Trikotstoffen, in vielen modernen Farben... 990 775
Kostümröcke aus reinwollenen Stoffen, glatt und plissiert, in allen Grössen... 1175 975 775
Blusen aus Barbeant, Hemdsform, hell und dunkel, in allen Grössen... 370 295
Kasak aus Caraceni, mit laugen Aermeln, in schönen Streifen... 450
Blusen aus kunstseidenen Trikotstoffen, mit spartier Malerei... 990 775

Wintermäntel für Mädchen, Grösse 60-100, solide Stoffe... Grösse 60 650
Buckskinshosen für Knaben, mit Leisten, solide Ausführung, für das Alter von 2 bis 8 Jahren... 245 195

Strümpfe

Damen-Strümpfe B'wolle, Doppelsohle, Hochl., schw. u. farbig... 75 Pf.
Damen-Strümpfe f. Missellsqualität, schw. u. v. Modetarb... 95 Pf.
Damen-Strümpfe echt Mako, schwarz und farbig... 145
Damen-Strümpfe prima Seidendor, gute Qualität, schw. u. farbig... 195
Damen-Strümpfe reine Woll gewebt, dunkelmeliert... 295
Damen-Strümpfe reine Seide m. Florsohle u. Oberleil, mod. Herbstarb... 390

Hemdshosen für Damen, fein gewirkt, aus Baumwolle... 145
Schlüpfer für Damen, Baumwolle, mit Zwickel, viele Farben, Gr. 42-48... 145

Dub

Eleg. Seidenkappe f. jr. Mädchen... 275 375
Weicher Filzhut jugendliche Form... 325
Duvetineglocke verschiedene Farben... 390
Schwarze Plüschkappe jugendliche Form... 500
Gesteckter Samthut grosse Form, m. Nadel... 1275
Fescher Samthut gezogen, mit Nadel... 1150

Schuhwaren

Lederniedertreter gute Qualität, m. biegsamer Sohle, Herren... 450 390
Damen-Halbschuhe in verschiedenen Lederarten und Formen... 850
Einsegnungstiefel für Mädchen, vorzügliche Qualität... 890

Herren-Schnürstiefel schwarz Bindbox, moderne Form... 1250
Herren-Halbschuhe schwarz und braun, mit und ohne Einsatz... 1250
Einsegnungstiefel für Knaben, vorzügliche Qualität... 1050

Herren-Artikel

Binder offene Form, gute Qualität... 110
Binder reine Seide... 195
Oberhemd mit Kragen... 490
Herren-Hosen wollgemischt, gute Qualität, Grösse 4... 375
Herren-Hemden wollgemischt, gute Qualität, Grösse 4... 445
Herren-Garnituren gute B'wolle, schöne Farb. Jacke u. Reihl... 575
Herren-Hüte in vielen Farben und guter Qualität... 325 490
Jachtklubmütze... 195
Schirme für Damen und Herren... 450

HERMANN TIETZ

218 FRANKFURTER ALLEE

Neu-Eröffnung unseres Kaufhauses

Berlin N., Reinickendorfer Straße 14, Ecke Ravenéstraße, am Wedding
heute nachmittag 4 Uhr

Unser Prinzip: Riesen-Auswahl — Gute Qualitäten — Billige Preise — Fachgemäße Bedienung
Einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit:

Damen-Konfektion	Kleiderstoffe	Trikotagen und Strümpfe
Mantel, schwere Flausch-Qualität... 9.75	Cheviot, reine Wolle, doppeltbr., in divers. Farben... 1.65	Schlüpfer, Kunsts. in allen Farben, solide Qual. 1.85
Mantel, Mouline-Flausch... 14.75	Popeline, reine Wolle, doppeltbr. in schönen Farb. 2.25	Schlüpfer, gewebt in vielen Farben... 1.25
Mantel, schwere Velour-Qualität... 19.75	Gabardine, reine Wolle, 130br., groß. Farbensort. 4.25	Hemdshosen, gewebt... 1.95
Mantel, Mouline-Velour, aparte Aufmachung... 25.50	Rips, reine Wolle, 130 breit, schöne Kleider- und Kostümqualität... 4.90	Damenstrümpfe in diversen Farben... 0.50
Mantel, Velour de laine mit Pelzbesatz... 29.50	Manteiffausch, 130 breit... 2.95	Damenstrümpfe m. Seidengriff, Doppelsohle und Hochferse... 0.95
Kleid, moderner Schotten... 4.25	Mantel-Velour, 130 breit, in modernen Rostionen... 4.90	Damenstrümpfe, Kunstseide, Doppelsohle und Hochferse, in wunderbaren Farben... 1.95
Kleid, aus Cheviot, schwere Ware, in viel. Farben... 7.25	Velour-Mouline, prima rein wollene Ware... 8.50	Einsatzhemden mit modernen Streifen... 2.10
Kleid, Popeline, reine Wolle, fesch aufgemacht... 11.50	Köpersante, 70 breit... 4.50	Korsett-Schoner, weiß... 0.50
Kleid, Eolienne mit Rüschenvolant... 15.75		
Kleid, Crepe de chine, sehr apart... 26.50		

Aus unserer Seiden-Abteilung: Taftschotten, reine Seide, ca. 85 cm br., mod. Dessins, pa. Qual. 4.90
Eolienne, Wolle mit Seide, in großem Farbensortiment... 4.50
Crepe de chine, helle Lichtfarben... 5.50
Kunstseide, Gaufré 90 cm breit, für elegante Tankkleidchen 4.90

Aus unserer Gardinen-Abteilung: Walbstoren, Etamine mit Durchsätzen... 1.75
Etamine, 150 breit, schöne Qualität... 0.85
Künstler-Garnituren, 3 teilig... 2.65
Bettedecken... 3.65

Kaufhaus J. Rosenbaum & Co.

Reinickendorfer Straße 14, Ecke Ravenéstraße, am Wedding